

Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Zeiger Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang B oder C
Fernruf 27503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 6 Mark. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einfindung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 26 Sonnabend, den 1. Juli 1922 26. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr-, Streik-, Zugzug fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Laufende Notizen unter: „Sperrt“, „Streik“, „Zugzug fernhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperrung geschildert wird.

Sperrt:

In Herbede der Betrieb Buchmayer. In Merseburg Platz Brunide. In Dürnhäusen (Oberb.) Firma Freißl.

Streik:

In Taubenheim (Oberlausitzer Granitwerke vormals Viktor Schlicher). In Schupbach, Weklar, Wiebelau und Wilmars (Marmorwerke). In Brandenburg (Grabsteinbranche). In Dreihäusen. In Ebersbach i. Sachsen (Pflastersteinbetriebe). In Wriezen (bei den Firmen Wulff in Wriezen und Frank in Freienwalde a. d. Ober).

Zugzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperr- und Streik von Bürgstadt (Betrieb Firma Holzmann). Von Ibbenbüren (sämtliche Betriebe). Von Halle.

Erledigte Bewegungen.

Berlin. Der Streik in der Werksteingruppe konnte mit Erfolg beendet werden. Steinmetzen erhalten 36 M., Hilfsarbeiter über 6 Monate im Beruf 31 M., unter 6 Monate 26 M. Am 20. Juni wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Fechenbach. Streik im Mairtal erledigt.

Walheim. Im Kalkgebiet Streik beendet. Der Lohn der Steinmetzen und Marmorarbeiter beträgt mit rückwirkender Kraft ab 2. bis 15. Juni 28 M., für ungelernete Arbeiter 25,40 M. Ab 16. bis 30. Juni 30 bzw. 27 M.

Bezirk Fichtelgebirge. Durch eine Arbeitsruhe von 2 Tagen konnte die Feuerungszulage um weitere 300 Prozent erhöht werden. Demnach beträgt die Feuerungszulage für die Kollegen in den Schleiferei-, Werkstein- und Pflasterbetrieben des Fichtelgebirges ab 15. Juni 1800 und ab 22. Juni 2100 Prozent.

Bezirk Bayerischer Wald. Nach dem Abschluß der Feuerungszulage für das Fichtelgebirge konnte auch für die Kollegen des Bayerischen Waldes die Feuerungszulage um 500 Prozent erhöht werden. Ab 1. Juli beträgt hier die Feuerungszulage 2080 Prozent.

Für die Bayerischen Schotterarbeiter wurde durch die Würzburger Verhandlungen die Feuerungszulage ab 1. Juli von 1950 auf 2450 Prozent erhöht.

Ebelsbach. Die Sperr- über den Werkplatz Keller ist aufgehoben.

Magen. Der Streik in der Ton- und Traßindustrie wurde am 22. Juni mit Erfolg beendet.

Schlesisches Sandsteingebiet. Die Stundenlöhne betragen für Juli: Steinmetzen 28,45, Brecher, Bossierer und Schmiede 24,45, Hilfsarbeiter 21 und für Frauen 14 Mark.

Der Feuerungszuschlag für den Akkordtarif erhöht sich für Bauarbeiten auf 3665 Prozent und für Denkmalarbeiten auf 3765 Prozent.

München. Die Lohnbewegung ist vorläufig zum Abschluß gekommen.

Das neue Verbrechen.

Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Kollegen und Kolleginnen gelangen, hat die deutsche Arbeiterschaft in machtvollen Kundgebungen und einhaltstägigem Generalstreik nicht nur ihren Abscheu zum Ausdruck gebracht, sondern auch ihren unbeugbaren Willen zur Abwendung und Aenderung der politischen Atmosphäre in Deutschland, in der die Mordegedanken reifen, denen der Reichsminister Dr. Rathenau zum Opfer fiel. Was der Ermordete der deutschen Republik war, was er für sie und das deutsche Volk in der heutigen Zwangslage geleistet hat, soll nicht an dieser Stelle untersucht werden, aber sagen wollen wir, daß der Tod Rathenaus einen großen Verlust bedeutet. Die Arbeiterschaft und mit ihr die übrigen schaffenden Kräfte des Volkes, haben das Spiel der Reaktion zulange in Ruhe angesehen; die reaktionären und nationalistischen Treibereien wurden von Tag zu Tag frecher, ihre fanatischen Mordbuben streifen mit Revolver und Handgranaten durchs Land, sie wollen, durch Wegnahme führender Männer, Deutschlands Wiederaufbau herbeiführen! Alle Treibereien dieser Buben in den letzten Wochen sind durch die Tagespresse genügend bekannt geworden. Nun ist es übergenug, jetzt müssen die Träger der politischen und wirtschaftlichen proletarischen Bewegung zeigen, daß sie die Situation erfasst haben und auf der Höhe sind. Kein Parteigezänk mehr, schnell entschlossen ein gemeinsamer Weg gesucht, sonst begraben die Trümmer der Republik die proletarische Bewegung und brechen ihr das Rückgrat.

Der Gewerkschaftskongreß hat am 24. Juni vormittags nach Bekanntwerden der Frevelthat nachstehende Entschlüsse angenommen:

„Der Kongreß hat mit tiefem Abscheu die Gewißheit erfahren, daß der Reichsminister des Inneren, Dr. Walter Rathenau, das Opfer eines elenden Mordmordes geworden ist. Der Kongreß erblickt in diesem Attentat einen neuen planmäßigen Angriff auf den Bestand der Republik, der der Verstorbenen seine Kräfte bis zur letzten Stunde gewidmet hat.

Der Kongreß spricht nicht nur seine Entrüstung über diese Gewalttat aus, sondern fordert von der Reichsregierung nunmehr wirklich durchgreifende Maßnahmen gegen die mit solchen verbrecherischen Mitteln arbeitenden Feinde der Republik.

Weil aber der Kampf der Monarchisten und Reaktionäre zugleich ein Kampf gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse und gegen die gesamte Arbeiterbewegung ist, ruft der Kongreß die gesamte Arbeiterschaft auf,

von ihrer Selbsterziehung im politischen Meinungsstreit abzulassen und einmütig alle Kräfte zur Niederwerfung der Reaktion zusammenzufassen. Der Kongreß empfiehlt der gesamten Arbeitnehmerschaft, diesen ihren einmütigen Willen zu bekunden durch eine gemeinsame Arbeitseinstellung am kommenden Dienstag nachmittag und Veranstaltung öffentlicher Kundgebungen.

Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, gemeinsam mit den drei sozialistischen Parteien wirksame Maßnahmen vorzubereiten, deren Ziel sein muß, die Sicherheit der Republik und der Rechte der Arbeiterschaft gegen jeden reaktionären Angriff durch Säuberung der Regierungsstellen und öffentlichen Ämter einschließlich der Regierungsstellen von allen Elementen, die sich nicht rückhaltlos auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen.

Der Kongreß erwartet von allen Mitgliedern der Gewerkschaften den entschlossenen Willen, auch mit ihrem Leben für die Verteidigung der Grundrechte des Volkes und für die Republik einzustehen.“

Die Reichsregierung hat Ausnahmegeetze erlassen, um der nationalistischen Bewegung kurz und entschlossen Herr zu werden. Nun gilt es für die Arbeiterschaft nicht in unbesonnenen Maßnahmen die Auswirkung der Ausnahmegeetze etwa anders zu gestalten wie es sich ähnlich schon einmal abgespielt hat. — Die wirtschaftlichen Folgen des Mordmordes an Dr. Rathenau lassen sich noch nicht übersehen, doch die Arbeiterschaft wird ermahnen können, daß diese etwaigen Folgen sie zuerst und auch am schwersten treffen; sorgen wir alle dafür mit ernstem und entschlossenem Willen, daß die Pläne der Reaktion, die Machinationen der Saboteure der Republik, die Maßnahmen der Volksausplünderer an der geschlossenen Arbeiterschaft gescheitern, und helfen wir alle den Mordbuben dauernd das Handwerk zu legen. Noch ist es möglich, darum Steinmetzen seid mit dabei auf der Wacht!

11. Deutscher Gewerkschaftskongreß.

I.

Am Montag, dem 19. Juni, früh 9 Uhr, wurde im großen Saale des Zoologischen Gartens der Kongreß vom Vorsitzenden des ADGB, Gen. Leipart durch eine Ansprache eröffnet. Er gedachte dabei insbesondere der seit dem Münchener Gewerkschaftskongreß durch Tod aberberufenen tätigen Gewerkschaftskollegen — Karl Legien, Otto Hue, Alois Staudinger, Fritz Schrader, August Brinkmann und der großen Zahl der übrigen — der Kongreß dankt ihnen durch Erheben. Dann erinnert Leipart an Theodor York, dessen Name unloslich verbunden ist mit dem vor 50 Jahren zusammengetretenen 1. Gewerkschaftskongreß. Inzwischen habe die Gewerkschaftsbewegung eine nie geahnte und erhoffte Entwicklung hinter sich. Ihre Mitgliederzahl, Stärke und Leistungsfähigkeit, aber auch ihr Aufgabenkreis, ist gewaltig gewachsen. Der Kongreß hat zu prüfen, ob in den letzten drei Jahren die Aufgaben erfüllt wurden, ob sich die Gewerkschaften neue Aufgaben stellen können, oder neue Mittel und Wege suchen müssen, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Darüber sind die Meinungen verschieden. Der Streik hierüber ist ein Beweis, daß die Bewegung lebendig ist. Hat tut uns heute in der Hauptsache die Einigkeit der Arbeiter! Die Lage der Arbeiterschaft ist bedrohlich; die Lebenshaltung ist so zurückgegangen, daß wir alle Ursache haben, alles zu tun, um die Lage der Arbeiterschaft zu bessern. Die Arbeiter hoffen, daß das erreicht wird! Möge der Kongreß diese Hoffnungen nicht vernichten!

Dann begrüßt der Vorsitzende des Leipziger Gewerkschaftskartells den Kongreß. Von der Reichsregierung sind erschienen Reichswirtschaftsminister Schmidt, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und eine große Anzahl von Regierungsräten. Freuchen hat den Handelsminister Eierling entsandt, die sächsische Staatsregierung ist durch den Wirtschaftsminister Jellisch und den Arbeitsminister Ritzau vertreten. Auch die Stadt Leipzig hat einen Vertreter entsandt. Zahlreiche ausländische Gäste sind gleichfalls anwesend.

Die Regierungsvertreter und die ausländischen Gäste begrüßen in kurzen Ansprachen den Kongreß. — Auf eine Anfrage aus den Reihen der Delegierten, warum die Russen nicht eingeladen sind, erklärt Leipart, daß alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften, zu denen die Russen bekanntlich nicht gehören, eingeladen wurden. Fortfahrend dankt er den ausländischen Vertretern für ihre Grüße und versichert, daß sie sich immer auf die deutschen Gewerkschaften verlassen könnten.

Namens der Afa übermittelt Aufhäuser die kameradschaftlichen Grüße der freien Angehörigen. Es sei zu hoffen, daß der Kongreß den Vertrag zwischen ADGB und Afa funktionieren werde und daß sich auch bald alle Dritter im Bunde die Beamten mit den freien Gewerkschaften vereinigen werden.

Für den Zentralverband der Konsumvereine spricht Hoffmann-Hamburg. Eine große Zahl von Gästen verzichtet auf das Wort.

Zu Verhandlungsgleichen werden neben Leipart, Reichel (Metallarbeiter) und Pappow (Bauarbeiter) bestimmt, außerdem 6 Schriftführer.

Bei der Beratung der Geschäftsordnung gibt es eine lebhaft Debatt über den Antrag des Bundesauschusses, die Zahl der zur Unterbringung eines Antrages auf namentliche Abstimmung notwendigen Delegierten von 50 auf 100 zu erhöhen. Ein Antrag, es bei 50 Delegierten zu belassen, wird mit 325 gegen 228 Stimmen abgelehnt, mit 335 gegen 304 Stimmen wird der Antrag des Bundesauschusses angenommen. Mit dieser Aenderung wird die Geschäftsordnung genehmigt.

Bei Beratung der Anträge zur Tagesordnung erklärt Leipart, daß es sehr wünschenswert sei, die Tagesordnung zu erweitern, die Zeit es aber kaum möglich mache. Zum Geschäftsbericht erhält je ein Redner drei Richtungen eine verlängerte Redezeit von einer Stunde.

neuen Heimat werden die Arbeiter ihre gewerkschaftlichen Pflichten erfüllen. In Ergänzung des gedruckten Berichtes führt der Redner aus, daß er kein Wort sagen wolle zu den Anträgen, in denen die Beseitigung des Vorstandes und seine Ergänzung durch einen neuen, besseren gefordert wird. Notwendig sei aber einzugehen auf die Anträge, die dem Vorstand vorwerfen, beim Eisenbahnerstreik das Klassenbewußtsein verloren zu haben, und die ihm deswegen ein Mißtrauen aussprechen. Es sei zu fragen, wie es vorher mit der Solidarität der Beamten gegenüber den Arbeitern gewesen sei. Der Beamtenbund habe das Bündnis, das ihm der ADGB angeboten habe, abgelehnt. Man habe dann versucht, zwischen den Eisenbahnern des Beamtenbundes und denen des ADGB ein Bündnis abzuschließen. Auch das hätte die Beamtenorganisation abgelehnt. Dann sei der Streik gekommen, der proklamiert wurde, ohne daß die Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft wurden. Ein Eisenbahnerstreik sei nicht mit einem andern Streik zu vergleichen. Seine Folgen für die ganze Arbeiterschaft seien so schwer, daß der Bundesvorstand glaubte, verpflichtet zu sein, zu sagen, daß die Eisenbahner den Streik nur als allerletztes Mittel anwenden dürfen. Die Verletzung der gewerkschaftlichen Grundzüge und die Mißachtung der Arbeitergewerkschaften konnte man nicht ruhig hinnehmen. Der ADGB mußte dafür sorgen, daß die gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht in Mißbrauch kämen. Die Eisenbahner hätten durch diesen Streik ihr Streikrecht gefährdet, das der Gewerkschaftsbund schützen werde. Seine Stellungnahme sei erfolgt im vollen Einverständnis mit den bei ihm organisierten Eisenbahnern. Der Vorstand habe nur seine Pflicht getan, die jeder Bundesvorstand auch erfüllen mußte. Dennoch müsse er die Deftillierkeil aufrufen, Verständnis zu zeigen für die Lage, in der sich die Arbeiter und Beamten befinden. Die meisten seiner Vorschläge für Schaffung einer Besserung seien abgelehnt worden. Darum gebe es für die Arbeiterschaft kein anderes Mittel, als aus der tatsächlichen Not und nicht aus Uebermut heraus immer neue Lohnforderungen zu stellen. Trotz aller Lohnerböhrungen habe sich die Lage der Arbeiterklasse immer mehr verschlechtert. Man empfehle eine Verlängerung der Arbeitszeit zur Besserung der wirtschaftlichen Lage. Alle Aufschulbungen und Angriffe gegen den Achtstundentag in Deutschland müssen von dieser Stelle aus ganz energisch zurückgewiesen werden. Leider stimmten auch Sozialdemokraten in das Schlagwort von der schematischen Anwendung des Achtstundentages und in das Loblied auf die verlängerte Arbeitszeit ein. Die Landarbeiter, Eisenbahner und andere würden befürchten, daß es einen schematischen Achtstundentag in Deutschland nicht gibt. Er bestehe nur in dem Kopf jener, die erblickt über die Errungenschaft der Arbeiter, an der sich nicht ärgern lasse. Für sie heißt es: „Gähne weg vom Achtstundentag!“

Die Gewerkschaften seien eingetreten für die Erfüllungspolitik. Aber sie seien nicht gewillt, die sozialen Forderungen zurückzustellen im Interesse dieser Politik. Wenn sich erweise, daß Deutschland bei Aufrechterhaltung des Achtstundentags die Reparationsverpflichtungen nicht erfüllen könne, dann müßten eben diese herabgemindert werden. Dem Achtstundentag drohe auf dem Umwege über die Verlängerung der vereinbarten 46-Stunden-Woche eine ernste Gefahr. Der letzte Kampf der süddeutschen Metallarbeiter habe das wieder erneut bewiesen. Die Arbeiter dürften auf keinen Fall im Interesse eines früheren Sonnabend-Freierabends an den übrigen Wochentagen länger als acht Stunden arbeiten. Leipart geht dann auf die Vorwürfe bezüglich der zehn Punkte ein und stellt fest, daß in der Kritik eine gewisse Anerkennung liege, die ein starkes Vertrauen zur sachlichen Ueberlegung des Bundes bedeute. Auch der neue Bundesvorstand dürfe nur solche sachlich begründeten durchführbaren Forderungen aufstellen. Die zehn Punkte seien ein Programm, das nicht auf dem Papier stehen bleiben dürfe. Sie seien die notwendige Antwort auf das Kreditangebot der Industrie und auf deren Forderung nach der Privatisierung der Eisenbahn und der übrigen Reichsbetriebe. In dieser Beziehung hätten die zehn Punkte einen Erfolg gehabt. Der Rest der Forderung sei abgelehnt. Für die Gewerkschaften sei die Forderung nach Sozialisierung kein Schlagwort. Sie hielten vielmehr unverbrüchlich fest an ihren Nürnberger Beschlüssen. Nunmehr wären die Gewerkschaften genötigt, sich mit den politischen Tagesfragen zu beschäftigen. Sie hätten aber keineswegs die Absicht, die politischen Parteien zu ersetzen. Die Gewerkschaften würden auf die Parteien auch weiterhin einwirken. Das sei aber nur in beschränktem Maße möglich. Aus dem Bericht des Bundesvorstandes geht hervor, daß die Arbeitergewerkschaften nicht ohne Nutzen für die Arbeiter waren. Heute stellt man bereits Anforderungen an sie, die über das Maß ihres Könnens hinausgehen. Der Eingabe unserer Vorkämpfer, ihrem Opfermut und ihrer Bruderliebe sei die Stärke der Gewerkschaften zu verdanken. Heute gelte es, die fernstehenden Arbeiter, auf die der Gewerkschaftsbund Rücksicht nehmen müsse, den Organisationen zuzuführen. Mit dem March der Arbeitermarschallische schloß Leipart seine mit stürmischem Beifall aufgenommene Ausführungen.

Am 2. Verhandlungstage wurde die Sitzung mit einer Deputationsansprache des Vertreters der französischen Gewerkschaften Souhauy-Paris eröffnet. In temperamentvoller Rede, die Rimmen überseht, sagt er u. a.: Es sei ihm eine besondere Freude, zum erstenmal nach dem Krieg mit dem Teil des internationalen Proletariats in Fühlung zu kommen, der seit jeher die sicherste Stütze der Demokratie war. Die Bestätigung der Versprechen, die sich die Vertreter der französischen und deutschen Arbeiter in den letzten beiden Jahren auf kleineren Konferenzen gaben, durch diesen Kongreß seien ein feierlicher Augenblick. Die Militaristen und Imperialisten dürften niemals wieder Gelegenheit bekommen, einen Krieg zu entfesseln. Die Arbeiterschaft der Welt fordere nicht nur das Recht auf Leben, sondern auch das Recht, der heutigen Gesellschaft ihren Willen aufzuzwingen. Gegen Krieg und Militarismus stehe heute nur das Proletariat auf. Der Zusammenschluß der deutschen und französischen Arbeiter — das sei die notwendige Voraussetzung für einen dauernden Frieden. Mit einem Hoch auf die sozialistische Internationale schloß Souhauy seine mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede.

Der Kongreß tritt dann in die Debatte über den Geschäftsbericht ein. Als erster Redner erhält Wähler (Metallarbeiter) als Vertreter der Kommunisten das Wort. Er protestiert dagegen, daß entgegen allen parlamentarischen Bräuchen zuerst der Vertreter der Kleinsten, statt der größten Gruppe das Wort erhält. (Geheul.) Zunächst beschäftigt sich der Redner mit der ungeheuren Feuerung, für deren Befreiung Beispiele anzuführen, nicht nötig sei. Das Erstarren der Reaktion im ganzen Lande lege den Gewerkschaften die Pflicht auf, den Kampf aufzunehmen, um neue Gefahren für das Proletariat abzuwehren. Schaf kritisiert die Schreibweise der Betriebsräte-Zeitung und die Haltung des Bundesvorstandes gegenüber den Diebeldern Abkommen, zu dessen

Durchführung er nicht getan habe. Die Erfüllungspolitik der Gewerkschaft und die Haltung einiger Sozialdemokraten seien eine schwere Gefahr für den Achtstundentag. Im Zusammenhang mit der Erfüllungspolitik stehe die Steuerpolitik des ADGB, die nicht verhindern konnte, daß die größten Lasten der Arbeiterschaft auferlegt werden. Die 10 Punkte seien nur ein taktisches Manöver gewesen. Die Schlichtungsordnung sei erlassen worden, um das Koalitionsrecht zu beseitigen. Mit seiner Evolutionspolitik stoße der ADGB auf den Widerspruch der breiten Massen. Beim Eisenbahnerstreik hat die Bundesleitung das Interesse der Streikenden dem Interesse des Vaterlandes geopfert, sie steht auch noch im Gegensatz zu den Tendenzen der Beamten. Auch auf internationaler Ebene habe der Bundesvorstand verfaßt. Der Beschluß der Internationale, im Kriegsfall den Generalstreik zu proklamieren, sei nicht das Papier wert, auf dem es gedruckt wurde. Mit der Forderung Schluß zu machen mit den Arbeitsgemeinschaften und der Koalitionspolitik, beendete Walcher seine Ausführungen, die von seinen Freunden stürmisch beklatscht wurden.

Dihmann (Metallarbeiter) erhält für die Unabgängigen das Wort und sagt: Wenn wir zurückblicken auf den Weg, den wir seit Nürnberg zurückgelegt haben, dann sehen wir, daß die Arbeitsgemeinschaft und die Koalitionspolitik uns nicht vorwärts gebracht haben. Untertrennbar verbunden mit den Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik sind die Fragen der großen Politik. Der Eisenbahnerstreik hat gezeigt, daß das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft nicht gesichert ist. In dieser Frage müssen wir auch den Reichs- und Staatsbeamten auf die Finger sehen, die aus unseren Reihen kamen. Die Aufrufe der Spitzenorganisationen im Eisenbahnerstreik haben den Begnern des Koalitionsrechtes in die Hände gearbeitet. Das Koalitionsrecht darf aber nicht angetastet werden. Eine Aufhebung des Streikrechts für die Beamten wird auch von der Arbeiterschaft mit allen Mitteln abgewehrt werden. Die Klassenjustiz ist heute noch genau so schlimm wie in der alten Zeit, das zeigen auch besonders die Streikpostenverbote. Die soziale Rechtsprechung steht vollends im Dienste des Kapitals. Die Schlichtungsausschüsse pfeifen auf die Anordnungen des Reichsarbeitsministeriums. Das Betriebsrätegesetz hat den Arbeitern nur Scheinrechte gegeben. Der Entwurf der Schlichtungsordnung ist für uns unannehmbar, besonders im Hinblick auf den Zuchthausparagrafen 55. Der Redner wendet sich dann gegen die Technische Nothilfe, die von der Regierung unterstützt werde, während man darüber streitet, ob man der Sozialisierungskommission noch mehr Mittel bewilligen soll. Wer mit den Grubenbaronen Arbeitsgemeinschaften bildet, wer mit Sinnes zusammenarbeitet, der wird nie die Sozialisierung erreichen. Nur auf dem Wege des Klassenkampfes und nicht in friedlicher Vereinbarung ist die Sozialisierung zu erreichen. Wenn Sinnes seinen letzten Dampfer Carl Legien nennt und aus diesem Anlaß Lobreden auf die Arbeitsgemeinschaften hält, dann tut er das, weil er seine Freude an dieser Einrichtung hat. Die 10 Punkte des ADGB waren der Ausdruck des Willens der Arbeiterschaft. Der ADGB sagt: Die Forderungen konnten nicht alle durchgeführt werden. Aber zwischen dem Alles und dem Nichts gibt es einen breiten Weg der Mitte, auf dem sich manches erreichen läßt. Wenn wir alle unsere Kraft einsetzen, dann werden wir das Geforderte erreichen, und die Schlichtungsordnung wird nie Gesetz werden. Dann wandte sich Dihmann dem Problem der Einigung zu und sagte: Voraussetzung für die Einigung sei, daß die verschiedenen Richtungen sich geistig nähern können. Solange die einen Koalitionspolitik trieben und die anderen von Moskau Befehle erhalten, solange sei die Einigung nicht möglich. Die Kommunisten sollten sich freuen, daß der internationale Kongreß von Rom sich gegen den Krieg aussprach, indem er sich entschloß, im Kriegsfall den Generalstreik zu proklamieren. Die Politik der Kommunisten und die Angriffe auf die Unabgängigen, die keine getreuen Annapen des ADGB seien, weist der Redner energisch zurück. Mit einem Geständnis zur Einigung des Proletariats und mit der Aufforderung an die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien alle Kräfte für dieses Ziel einzusetzen, schloß Dihmann unter lebhaftem Beifall seine Ausführungen.

Als dritter Redner nimmt für die Sozialdemokratie Genosse Brey-Hannover (Fabrikarbeiter) das Wort, indem er anerkennt, daß der Bundesauschuß nicht vollkommen ist und stellt alsdann die Frage: Was war unter den gegebenen Verhältnissen zu erreichen? Wie es ein Verbrechen ist, einen Seefahrer bei Sturm und Wetter mit falschen Karten hinauszuweisen, so ist es auch ein Verbrechen, wenn man mit falschen Mitteln das Proletariat in den Kampf schiebt. Den verschiedenen Richtungen wird es kein Bundesvorstand recht machen. Zur Verwirklichung des Sozialismus ist die Erfüllung verschiedener Voraussetzungen notwendig, aber in der heutigen Wirtschaftslage ist sie nicht möglich. Für die Durchführung der zehn Punkte sind die Voraussetzungen außerordentlich ungünstig. Im ganzen Lande wurde der Bundesvorstand bekämpft, als Verräter verächtlich, weil er den Kampf für diese Punkte nicht aufnahm. Bei solch einem Kampf wird es aber unter den heutigen Machtverhältnissen bis zum Weißbluten kommen und die Arbeiterschaft hätte dann den Klassenkampf im Interesse des Unternehmertums geführt, das die Arbeitsbedingungen dann diktieren würde. Der Sozialismus ist das Ziel des Klassenkampfes. Zur Erreichung dieses Zieles ist eine feste organisatorische und geistige

Einheit notwendig. Von den 13 Millionen Gewerkschaftlern, die es in Deutschland gibt, stehen aber noch lange nicht alle im ADGB. Und von den 8 Millionen Mitgliedern der freien Gewerkschaften waren einige Millionen nach 1914 nicht auf die Beine zu bringen, wenn es galt, einen Kampf zu führen, und wagten es nicht einmal, sich zur Organisation zu bekennen. Das Klassenkampfer ist heute noch nicht verneinbar (Schloßtes sehr richtig) Die Schlichtungsordnung ist noch von keinem Gewerkschaftler befürwortet worden. Ein unbedingtes Streikrecht gibt es nicht einmal in dem kommunistischen Ideal Sozialistland; dort ist das Streikrecht nicht nur in den Staatsbetrieben aufgehoben, auch in den Privatbetrieben darf von ihm kein Gebrauch gemacht werden. Kein deutscher Gewerkschaftler hat je eine solche Beschränkung des Streikrechts, die einer Aufhebung gleichkommt, gefordert. Ebenfalls teilt die Sozialdemokratie die Ansichten Kalliskis und anderer in der Frage des Achtstundentages oder des Beamtenstreikrechts. Aber wir sagen, mit der Lebensstellung und der Pension eines Beamten ist nicht zu vereinbaren das Bestreben, die Konjunktur zur Erhöhung der Gehälter auszunutzen. Wenn die Kommunisten in ihren fortgeschrittenen Heerzügen die Brandfackel schwingen, so müssen die Reaktionsäre mit Eidenglaub und Schwertern geschnitten werden, wenn für diese Situation nicht für ihre Zwecke ausnützen würden. (Stürmischer Beifall.) Als in den Aufständen der Kommunisten ihre Diktatur gegen die Sozialdemokratie ins Werk gesetzt wurde, hatte nur die Reaktion den Nutzen davon und ihre jegliche Freiheit ist lediglich die Folge jener Politik der Kommunisten. In bezug auf die Arbeitsgemeinschaften erinnert Brey Dihmann an den Eisenwirtschaftsverband und seine Außenhandelsstelle, wo die unabhängigen Arbeitsgemeinschaften des Metallarbeiterverbandes mit den schlimmsten Scharfmachern Hand in Hand arbeiten. Brey fragt, ob man etwa diese Sünden mit dem Mantel der Größe der Organisation verdecken wolle. Auch in der Frage des Beamtenstreikrechts und der Technischen Nothilfe sind die Ansichten geteilt. In Sachsen haben sich unabhängige Minister für die Technische Nothilfe eingestellt und sie gegen den Streik der Beamten eingesetzt. Zum Schluß stellt Brey fest, daß der Bundesvorstand für seine Tätigkeit nicht die Rügen verdiene, die ihm aus politischen Gründen erteilt würden. Seine Politik wäre die für ihn und die Arbeiterschaft allein mögliche. (Auch Brey schließt seine Ausführungen unter großem Beifall.)

Dann wird zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen und entgegen ihrer Beanstandung das Mandat des Verbandes der Väter für gültig erklärt. Anwesend sind: 690 Delegierte, die 7574825 Mitglieder vertreten. Sämtliche Mandate werden genehmigt.

In der fortgesetzten Debatte über den Geschäftsbericht spricht Gertrud Faber (Metallarbeiterin) über Verächtlichmachung der Frauenfrage. Paeplow (Bauarbeiter) begründet folgende Entscheidung zur Wohnungsfrage:

Der erste Kongreß des ADGB begrüßt und billigt es, daß der Bundesvorstand Einfluß genommen hat auf die Lösung der Wohnungsfrage und auf eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Baustoffverteilung und Baustoffherstellung. Er begrüßt und billigt es fernerhin, daß einige Gewerkschaften aus eigenem Antrieb heraus Einfluß auf eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Produktion genommen und die Errichtung gemeinwirtschaftlicher Betriebe gefordert haben. Der erste Kongreß des ADGB beauftragt den Bundesvorstand:

1. die von ihm geleitete gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens und der Baustoffverteilung weiter zu betreiben und die Reichsregierung sowie die Parlamente der Länder und Gemeinden darauf hinzuwirken, daß die Gesellschaften diesen Kampf gegen Wohnungsnot und Wohnungswucher auf breiterer Grundlage aufnehmen müssen und wirklich durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung der ständig wachsenden Mißstände ergreifen werden;
2. die wirtschaftliche und finanzielle Macht der organisierten Arbeiterschaft in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen und im Bundesbureau eine Zentralstelle zu schaffen, deren Aufgabe es sein soll, die Heberführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft planmäßig zu fördern und alle Bestrebungen innerhalb der gewerkschaftlichen Arbeit, die auf das Ziel gestellt sind, zusammenzufassen.

Am 3. Verhandlungstag erhält Leipart das Schlußwort zum Geschäftsbericht und sagt, daß er mit dem Verlauf und dem Ergebnis der Debatte wenig zufrieden ist. Dem Genossen Brey spricht er den Dank der Bundesleitung und der Mehrheit des Kongresses für seine Rede aus. Die Kommunisten, so fährt Leipart fort, haben hier geredet, wie sie immer mit uns diskutieren. Sie verschweigen die Tatsachen oder drehen sie in das Gegenteil um. Sie behaupten, der Bundesvorstand treibe eine verräterische Politik, durch die es dem Unternehmertum ermöglicht werde, das Haupt dreifach zu erheben denn je. Demgegenüber ist festzustellen, daß der falsche Gebrauch unserer Kampfmittel durch die Kommunisten diese Waffen stumpf gemacht hat. Die unermüdete Agitationspolitik der Kommunisten hat große Arbeitermassen abgedrängt in das Lager der Indifferenten.

Sie haben z. B. unser Berliner Gewerkschaftshaus, unsere Bureau geschändet und demoliert. (Auf: Leipziger Bauarbeiterkongreß.) Nicht die Politik des ADGB, sondern die falsche Gewerkschaftspolitik der Kommunisten hat das Unternehmertum und die Reaktion gestärkt. (Sehr richtig!) Die Arbeiter stellen sich den Kampf anders vor als die Kommunisten ihn propagieren. Die Waffe der geistigen Aufklärung, nicht des Generalstreiks, der alle 24 Stunden wiederholt wird, das ist unser Kampfmittel.

Redner nimmt dann zu den Angriffen auf die Betriebsräte-Zeitung Stellung und sagt, daß er nicht immer einverstanden war mit der Schreibweise, daß aber Dr. Striemer dennoch dankenswerter Arbeit geleistet hat. Es ist jetzt ein sogenanntes Redaktionskollegium geschaffen worden, das aus den beiden Sekretären der Betriebsrätezentrale besteht. Der Kampf der Kommunisten gegen die Generalstreikparole von Rom entspringt keiner anderen Absicht, als der neue Verwirrung und Unruhe in der Arbeiterklasse zu schaffen. Zu bedauern ist, daß die Massen nicht aktiv genug sind. Sorgt dafür, daß sie immer da sind, wenn sie gerufen und gebraucht werden. Lebsthaft ist die Rede Dihmanns besonders deshalb, weil sie ein Mitglied des Bundesauschusses hielt. Seine Rede hat keinen Eindruck gemacht. Dihmann hat unseren Kampf um die 10 Punkte kritisiert und in dieser Kritik wichtige Beratungen totgeschwiegen, in denen er nicht den Mut aufbrachte, den Generalstreik für die 10 Punkte zu fordern. Dihmann hat wiederholt den Afa-Bund, der alles besser gemacht habe als der ADGB, gegen uns ausgespielt. Für seinen Versuch, zwischen uns und der Afa einen Gegensatz zu konstruieren, liegt gar keine Veranlassung vor.

Zum Achtstundentag bemerkt Leipart, daß in einer Regierung, die den Achtstundentag antastet, für Arbeitervertreter kein Platz ist.

Dihmanns Kritik an der Arbeitsgemeinschaft und der Hinweis auf die Lobrede Sinnes, richtet sich gar nicht gegen die Arbeitsgemeinschaft. Er sagt, wir müßten bei unserer Politik immer Rücksicht nehmen auf unsere politischen Bundesgenossen. Nun sieht aber im Bundesvorstand kein Parteiführer. Dihmann ist Parteiführer und sitzt im Reichstag. Er muß demzufolge bei seiner Gewerkschaftspolitik Rücksicht nehmen auf seine Partei. Dasselbe gilt von seiner gestrigen Rede, die Kritik wurde nicht von gewerkschaftlichen, sondern von politischen Gesichtspunkten aus geführt. Der Redner bespricht dann die eingegangene Entschlieung und weist auf den Unfug der Kommunisten hin, die zwei Resolutionen eingebracht haben, von denen jede einen ausgewachsenen Leitartikel darstellt. Die Entschlieung zur Wohnungsfrage und die Resolution Knoll gegen die Feuerung empfiehlt er zur Annahme.

Leipart schließt mit dem Wunsch, unter lebhaftem Beifall, daß der Kongreß im Interesse der Arbeiterschaft auf dem bisher bewährten Wege der Gewerkschaftspolitik fortzufahren zu arbeiten.

In der Abstimmung über die zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge wird nach lebhafter Debatte folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongreß macht sich die von den Vorständen des ADGB und der Afa im November 1921 aufgestellten zehn Forderungen zu eigen. Indem der Kongreß mit Entrüstung konstatiert, daß diese Forderungen bei dem zwischen den Koalitionsparteien unter Einfluß der Deutschen Volkspartei abgeschlossenen Steuerkompromisses keinerlei Berücksichtigung gefunden haben, betont er, daß die aufgestellten zehn Punkte ein realisierbares und leistungswirksames nur theoretisches Programm darstellen. Eine grundlegende Steuerreform bildet aber die Voraussetzung dafür, daß die Lage der arbeitenden Klasse endlich zu einer erträglicheren gestaltet werden kann.

Der Kongreß beschließt daher, den Bundesvorstand zu beauftragen, die Macht der Gewerkschaften in jeder nur möglichen und geeigneten Weise unter Zuhilfenahme aller gewerkschaftlichen Kampfmittel dafür einzusetzen, daß die von ihm selbst aufgestellten Forderungen, insbesondere die Erfassung der Sachwerte, praktisch durchgeführt werden.

Für die Redaktionskommission berichtet Spreeber (Schneiderverband). Er empfiehlt u. a. die Ablehnung der kommunistischen Entschlieungen, der Mißtrauensanträge gegen Bundesvorstand und Redaktion der Betriebsrätezeitung sowie die Annahme eines Vertrauensvotums für den Bundesvorstand. Abgelehnt werden soll auch die Entschlieung für die Freilassung der politischen Gefangenen in Deutschland und die kommunistische Entschlieung über die Frauenfrage. Die Länge der kommunistischen Entschlieungen allein macht schon eine geordnete Besprechung unmöglich.

Als Dihmann nun wieder das Wort zu einer Erklärung gegen die Abstimmung über einen nicht debattierten Antrag erhält, wird

Betonstraßen.

„Unter dem Titel „Concrete Roads“ behandelt die englische Zeitschrift „Engineering“ vom 10. Februar 1922 die Frage, ob sich eine umfangreiche Anwendung des Betonstraßenbaues in England, wie sie nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten Nordamerikas vielfach gefordert werde, von technisch-wirtschaftlichen Standpunkte aus vertreten und empfehlen lasse. Die Zeitschrift kommt zu dem Ergebnis, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Verkehrsbedingungen beider Länder zu verschieden seien, daß sich die in Amerika gewonnenen Ergebnisse nicht ohne weiteres übertragen ließen. Im übrigen sei die Frage in Amerika selbst noch keineswegs abgeschlossen. Einstweilen sei also jedenfalls noch Vorsicht geboten, und von der Aufstellung eines umfassenderen Programmes für die Herstellung von Betonstraßen könne noch nicht die Rede sein. Die Ausführungen sind nach mancher Richtung auch für unsere deutschen Verhältnisse von Interesse.

Die wirtschaftliche Sonderstellung, die Amerika heute den europäischen Staaten gegenüber einnimmt, gestattet diesem Land Ausführungen, die sich andere Länder versagen müssen. Dann handelt es sich aber bei dem Bau von Betonstraßen dort nicht sowohl um den Ersatz schon in besserer Weise ausgebauter Straßen, wie bei uns, als vielmehr meist um die erstmalige regelrechte Befestigung einfacher Erdsstraßen. Ganz verschieden ist auch die Beanspruchung der Straßen. Pferdeverkehr ist in Amerika fast ganz verschwunden, und der Hauptverkehr ist der mit leichten Motorwagen, die außerdem fast ausschließlich Gummi- oder pneumatische Bereifung besitzen. Ein schwerer Verkehr mit Motorfahrzeugen und Motorwagen mit Eisenerreifung kommt kaum vor, während das in England die Regel bildet. Der Verkehr ist also in Amerika für die Straßen weit weniger angreifend.

In wirtschaftlicher Beziehung kommt dazu, daß es sich drüben meist um die Herstellung langer Straßenzüge handelt, so daß der Unternehmer einer großen Aufgabe gegenübersteht, für die sich die Einsetzung verbilligender maschineller Hilfsmittel lohnt. Auch in dieser Beziehung sind also die Verhältnisse drüben anders als in Europa.

Es ist aber auch keineswegs richtig, die Frage der Bewährung der Betonstraßen in Amerika selbst als bereits abgeschlossen zu betrachten. Im Gegenteil werden dort gerade jetzt noch recht großzügige Versuchsprogramme durchgeführt, an denen sich Regierung und sonstige Interessenten am Straßenverkehr gemeinsam beteiligen. So ist z. B. vor einiger Zeit auf Betreiben der „Columbia Steel Company“ unter Förderung durch die staatliche Aufsichtsbehörde für den öffentlichen Wegebau in Kalifornien und mit Unterstützung des Automobilklubs von Südkalifornien eine größere Versuchsstrecke zur Erprobung verschiedener Befestigungsweisen in Beton und Eisenbeton ausgeführt und in Betrieb genommen worden. Es handelt sich um eine ovale Straße von 424 Meter Länge der großen Achse und 5,5 bis 6,10 Meter Straßenbreite, die in 8 Zonen mit verschiedenen Decken in Beton und Eisenbeton versehen ist. Sie soll zunächst mit leichten und dann mit schweren Motorwagen solange befahren werden, bis die Decke zerstört ist. Eine Vereinigung der Motorfahrzeugfabriken stellt dazu die Wagen. Es sind eine Reihe von Einzelbeobachtungen

vorgesehen, auch Meßinstrumente unter der Straßendecke eingebaut, um deren Bewegung festzustellen. In der amerikanischen Zeitschrift „Engineering News-Record“ ist vor einiger Zeit bereits ein Vorbericht über einige Versuchsergebnisse erschienen.

Auch das englische Bureau für öffentliche Wege hat Versuche angestellt, um die Wirkung verschiedener Bereifung zu erproben. Es handelt sich dabei um Stahlpfand, die die Wirkung einer schwerbelasteten Motorwagenachse nachahmen sollen. In „Engineering“ 1922, S. 129, sind darüber einige Mitteilungen gemacht. Eine zusammenfassende Darstellung der ganzen Frage in Amerika wird von dem englischen Ingenieur A. Dr. Land auf Grund einer Studienreise im „Journal of the Institution of Municipal and County Engineers“ vom Januar 1922 erstattet. Er kommt zu dem Ergebnis, daß für leichten Verkehr die Betonstraße die beste Befestigung sei, daß sie für mittelstarken Verkehr ebenfalls ausreiche, dagegen bei sehr schwerem Verkehr eine Schutzdecke aus Asphalt oder ähnlichen Stoffen erfordere. Die Ausfüllung der Rigen und Risse mit schwerem Teer habe sich bewährt und schütze die Decke gegen das Eindringen von Feuchtigkeit in die Unterdecke. (Nach einer Mitteilung in der letzten Nummer des „Vauingenieur“ ist übrigens zur Zeit gerade im Bezirk obigen Verkehrsstatistikers der Bau einer 20 Kilometer langen Betonstraße vorgesehen.)

Der Verkehrsstatistiker rühmt sich besonders die ausgezeichnete Organisation zur Behandlung dieser wichtigen Frage in Amerika. Jede Universität habe dort einen Lehrstuhl für Straßenbau, der sich mit dem Betonbau wissenschaftlich befaße und in steter Fühlung mit dem „State Highway Department“ stehe, so daß also hier die Männer der Theorie und Praxis eng zusammenarbeiten. Etwas ähnliches habe England nicht aufzuweisen. Das dürfte auch für uns zutreffen. Jedenfalls aber dürfte es sich empfehlen, dem Bau von Betonstraßen auch in Deutschland in Zukunft größere Aufmerksamkeit zuzuwenden als bisher und diese Frage mit Bezug auf unsere besonderen Verhältnisse eingehend zu studieren.

Der vorstehende Artikel ist der Baugewerkszeitung vom 15. Juni entnommen; er zeigt für die Wegebauindustrie, die natürliche Gesteinsprodukte für den Straßenbau liefert, eine gewisse Gefahr, an der auch die Pflasterstein- und Schotterarbeiter nicht achtlos vorübergehen dürfen. Der vorstehende Artikel kann als Ergänzung zu dem in Nr. 25 zum Abdruck gebrachten aus der Allgemeinen Steinseherzeitung „Gefahren für den Naturstein im Straßenbau“ herangezogen werden. Für die Wegebauindustrie erwacht daraus eine gewisse Aufgabe, der sie sich offensichtlich nicht entziehen werde. Für die Bewehrung des Natursteinpflasters liegen von Kennern und Sachverständigen tatsächliche und durchschlagende Erfahrungen vor, die bei dieser, für die Steinindustrie äußerst wichtigen Frage herangezogen werden müssen.

Eine neue Tropfsteinhöhle.

Von einem Kollegen wird uns geschrieben: Vor einigen Tagen wurde in dem Dornap-Wilfrather Kalt- und Dolomiten-Gebiet eine eigenartige Entdeckung gemacht. In einem Kalksteinbruch Hofermühle (Wesitzerin Rheinisch-Westfälische Kalkwerke) wurde infolge eines Sprengschusses eine sehr schön ge-

bilbete Tropfsteinhöhle aufgeschlossen. Die Tropfsteine, die bekanntlich vom Durchsickern des Regenwassers durch den Kalkstein innerhalb tausender Jahre entstanden sind, haben teilweise eine so kristalline Färbung, wie sie andere Tropfsteinhöhlen, wie in Altendorf, Dechenhöhle Letmalhe nicht aufweisen. Auch die Bodenbildung dieser neu entdeckten Höhle hat sehr schöne Stellen zu verzeichnen. In welcher Länge sich diese Bildungen weiterziehen, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden, da zunächst einmal daran gegangen werden muß, die Höhle gangbar zu machen. Bis zu zwanzig Meter ist dieses schon geschehen. Es ist jedoch bedauerlich, daß die Industrie hier vor Naturschönheiten keinen Halt machen kann, aber auch die Arbeiterschaft keinen Sinn für derartiges hat, denn kaum war die Höhle erschlossen, wurden auch schon die schönsten Zapfen abgeschlagen. Durch Museendirektoren wurde eine Befestigung vorgenommen, die ebenfalls die Seltenheit dieses Vorkommens befestigen mußten.

Persönlichkeit.

Das deutsche Volk wird das Volk der Dichter und Denker genannt. Der Deutsche neigt zum philosophischen Verbinden, zum Drängen ins Weite, zur Harmonie mit dem Unendlichen. Er ist von Natur Grübler, Träumer, und er scheint unpraktisch und weltfremd zu sein, weil er es liebt, hinter all dem Sein den Gedanken zu erfassen, die Idee zu erkennen, die sich durch alles, das Kleinste wie das Unendliche erstreckt. Und diese Eigenart hat der einfachste Mann der Weltkraft gemein mit dem größten Genie.

Auch Goethe fühlte in sich den Drang ins Erhabene, grenzenlos ins Weite. Auch er suchte in immer tieferem Versenken den Sinn dieses ewig unendlichen Seins. Und doch: je tiefer das Sinnen in das Weite ging, um so mehr reifte aus diesem Sinnen heraus eine lebendige Wirklichkeitsfrucht. Je mehr der Mensch geistige Persönlichkeit ist, um so mehr kann er den geistigen Sinn der Welt erfassen. Aus der Philosophie des 18. und 19. Jahrhunderts wird herausgezogen der Drang zur Persönlichkeit. Persönlichkeiten zu schaffen: das ist der Sinn der Welt. „Höchstes Glück der Erdenfinder ist nur die Persönlichkeit.“ Der Mensch ward herausgeborn aus der Unendlichkeit, als Persönlichkeit hier auf Erden ein Reich der Vernunft zu bauen und der Seele.

Der Spießer lächelt: Was Goethe und Persönlichkeit bei euch? Da ist doch nur die geistlose Masse, das Herdentum, in dem alle gleich sind. Jawohl gleich! Alle gleich mit gleichem Lebensrecht. Alle gleich, weil mit dem Rechte der gleichen Entfaltungsmöglichkeit. Und das ist das Recht der Persönlichkeit. Persönlichkeiten können nur sein, wenn jeder die Möglichkeit zur freien Entfaltung seiner ureigenen inneren Werte hat.

Und das ist der praktische Sinn, wie er im Proletariat vorhanden ist: diese natürliche Blüte des Seins, die Persönlichkeit, zur vollen Entfaltung zu bringen. Wie schmachtet das heilige tiefinnerliche Drängen und Wollen und Können heute! Wie verzerrt sich die Persönlichkeit, weil sie unter der Faust des Mammons, des Kapitalismus gebückt liegen muß. „Höchstes Glück der Erdenfinder ist nur die Persönlichkeit.“ Kommt zu uns! Kämpft mit uns! Und ihr macht zu lebendiger, jauchzender Wirklichkeit die Religion des Genies.

er vom Kongress mit stürmischen Entrüstungsrufen gegen seine fortgesetzten Wortmeldungen empfangen. Angenommen wird dann die Entschliessung zur Wohnungsfrage und folgende Entschliessung zur Frage der Brotversorgung (I) und gegen die Feuerung (II).

I. Der Kongress nimmt Kenntnis von dem kritischen Stand der parlamentarischen Behandlung des Gesetzesentwurfs über die Regelung des Verkehrs mit Getreide.
Ungeachtet der Gefahr, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstags dem Drängen nach unbedingter freier Wirtschaft folgt, unterstützt der Kongress in letzter Stunde nochmals eindringlich alle Forderungen des Vorstands des ADGB, die in der Frage der Brotversorgung dem Reichstag, der Reichsregierung und den Regierungen der Länder rechtzeitig unterbreitet wurden.
Der Kongress fordert, daß der Reichstag dem Gesetz eine Fassung gibt, durch die die Brotversorgung der versorgungsberechtigten Bevölkerung in ausreichendem Maße zu erschwinglichen Preisen bei Deckung der Produktionskosten, aber unter völliger Ausschließung von Konjunktur- und Wertschöpfungsgewinnen sichergestellt wird.
Indem der Kongress nochmals auf die Folgen der von gewissen Kreisen der Landwirtschaft geforderten freien Wirtschaft in der Brotversorgung hinweist, erklärt er, daß er für die mit Sicherheit eintretenden katastrophalen Zustände jede Verantwortung ablehnt.

II. Der Kongress nimmt mit Genugtuung Kenntnis von den unangesehnten Bemühungen des Bundesvorstandes zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers und der sonstigen über jedes berechnete Maß hinausgehenden Preistreibereien. Er bedauert lebhaft und spricht seine Entrüstung darüber aus, daß diese Bemühungen durch Ablehnung der Vor schläge der Gewerkschaften in den meisten Fällen ohne Erfolg geblieben sind.
Die sprunghaft fortschreitende Verteuerung der Lebenshaltung zwingt die Gewerkschaften, in immer kürzeren Zwischenräumen Lohnerböhrungen zu fordern, die zumeist in steilem Kampfe mit den Unternehmern und gegen den Widerstand der Kreise durchgeführt werden müssen, die durch ihre maßlose Gewinnjagd die heutigen Zustände verschulden. Die Auswucherung der breiten Massen des Volkes nimmt täglich bedrohlichere Formen an. Die Folge ist eine ständig zunehmende Verelendung. Die stattgefundenen Lohn- und Gehaltserböhrungen haben mit der Verteuerung der Lebenshaltung längst nicht gleichen Schritt gehalten. Die Spanne zwischen Arbeitseinkommen und notwendigen Lebenshaltungskosten ist immer größer geworden. Zur Zeit deckt das Durchschnittsarbeitslohn höchstens nur noch die Hälfte des notwendigen Unterhalts, gemessen an den Verhältnissen von 1914. Es ist also eine für die Volksgesundheit geradezu bedrohliche Senkung der Massenlebenshaltung eingetreten, die unweigerlich auch zu einer allgemeinen Herabdrückung der produktiven Leistungsfähigkeit führen muß.
Wenn die gesamte Arbeitnehmerschaft nicht unter der doppelten Last der Verteuerung und einer ungeheuren Bürde an Steuern und Abgaben zugrunde gerichtet werden, oder aber die Gefahr der Selbsthilfe in bedrohlicher Weise heraufbeschworen werden soll, dann ist es dringend geboten, daß die Reichsregierung endlich wirksamere Maßnahmen gegen die Verteuerung und ihre Urheber ergreift.
Weiter wird angenommen ein Antrag der Kommunisten, der die sofortige Freilassung aller der Arbeiterklasse angehörenden Gefangenen und eine umfassende Amnestie für alle politischen und damit zusammenhängenden Verbrechen und Vergehen verlangt. Der Antrag fordert vom Bundesvorstand und allen Gewerkschaften alle Mittel anzuwenden, um den politischen inhaftierten und verurteilten Klassenkämpfern die Freiheit zu erkämpfen. Leipzig stellt fest, daß die Gegner des Antrages ihn nicht abgelehnt haben, weil sie die Festhaltung der Gefangenen fordern, sondern weil der Wortlaut des Antrages nicht ihre Zustimmung fand. (Zurufe: Freilassung auch in Rußland.)
Sodann wird gegen den Protest der Kommunisten angenommen folgende

Entschliessung betr. Prozeß gegen russische Sozialrevolutionäre.
Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongress als Vertreter von circa 8 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter Deutschlands erhebt flammenden Protest gegen die in Moskau betriebene Sowjetjustiz gegen die Sozialrevolutionäre. Der Kongress erwartet, daß die Sowjetregierung sofort eingreift, um dem in Berlin gegebenen Versprechen Erfüllung zu verschaffen.
Der Kongress erwartet weiter, daß seitens der Sowjetregierung alles unternommen wird, um den Verteidigern ihre Aufgaben, die Kampfsindungen und Rechtsauffassungen des internationalen Proletariats vorzutragen, ermöglicht und gesichert werden.
Weiter appellieren wir an das gesamte russische Proletariat, mit allen Mitteln dafür zu wirken, daß für unsere angeklagten Arbeitergenossen in Rußland volle Freisprechung erfolgt.
Angenommen wurde ferner eine Entschliessung, die den Beschlüssen von Rom über die Bekämpfung des Militarismus und des Krieges zustimmt. Der Einberufung eines Völkervereinigungskongresses der Arbeiterschaft stimmt die Entschliessung zu und fordert die Gewerkschaften auf, sich daran zu beteiligen. Die von der Jugendkonferenz dem Gewerkschaftskongress überreichte Entschliessung der Jugend- und Wehrlingsfrage wird angenommen. Beschlossen wird ferner, von der Regierung eine Erhöhung der Verbehalten, eine Heraushebung des 10prozentigen Einkommenssteuersatzes von 50 000 auf 100 000 Mark und eine Erhöhung der steuerfreien Einkommen zu verlangen. Der 1. Mai soll als gesetzlicher Feiertag gefordert werden.

Der gefährdete Bildhauerberuf.
So wie der Steinmetzberuf durch die veränderten Bauverhältnisse und durch die Finanzlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden einen bedeutenden Rückschlag erlitten hat, ist auch der Bildhauerberuf, besonders die Steinbildhauerei mitgenommen worden. Zahlenmäßig kommt dieser Rückschlag bei den Bildhauern noch viel krasser zum Ausdruck, weil ihre Zahl verhältnismäßig klein ist. In der Zeitung der Steinbrücherberufsgenossenschaft macht der H. C. Mitarbeiter, der den Bildhauerkreisen nahesteht, bemerkenswerte Angaben, denen wir ohne weiteres zustimmen können, er schreibt:
Durch die Umstellung auf sparsame und einfache Bauweise bei öffentlichen Bauwerken drohen dem Bildhauerberuf Gefahren, zu denen der Allgemeine Deutsche Bildhauerbund, die Vereinigung aller gewerblicher Bildhauergewerke, jetzt in einer Eingabe an das preussische Kultusministerium Stellung nimmt. Darin wird um sofortige Bewilligung der Mittel für die geplanten Arbeiten in Stein und vier in Hochrelief auszuführenden Figuren an den Westfälischen Museumsneubauten in Berlin nachgesucht, ferner um Einstellung gewisser Summen für Bildhauerarbeiten bei geplanten Bauten, um auf diese Weise dem Untergang des Bildhauerberufs vorzubeugen. In der Eingabe wird weiterhin darauf hingewiesen, daß in Berlin vor Kriegsausbruch bei etwa 30 selbständigen Steinbildhauern und Steinmetzgeschäften 360 Gehilfen und 20 Lehrlinge beschäftigt waren, während diese Zahlen heute bei 18 Steinbildhauern auf 17 Gehilfen und 3 Lehrlinge gesunken sind.
Der Allgemeine Deutsche Bildhauerbund berührt aber noch eine andere sehr wichtige Frage, indem er den Behörden vorwirft, daß zwar durch Kunst-, Kunstgewerbe- und Handwerkschulen Bildhauer herangebildet werden, aber andererseits durch unangebrachte Sparsamkeit auf allen Schmutz an Bauwerken und inneren Einrichtungen verzichtet werden soll. Hieraus ergibt sich ein Widerspruch, den die Behörden in sich selber tragen. Denn einerseits unterstützen sie die genannten Fach- und Kunstschulen, andererseits unterbinden sie die Ausübung des Berufs, der auf diesen Anstalten gelehrt wird! Allerdings soll und muß jetzt gespart werden, aber man sollte nicht da anfangen, wo ein ganzer Stand geschädigt wird, wo künstlerische Interessen mit auf dem Spiele stehen. Es dürfte wohl schließlich andere Gebiete noch genug geben, auf denen die läbliche Absicht der Sparsamkeit verwirklicht werden kann, z. B. in gewissen staatlichen und städtischen Betrieben selbst. Hier ist man mit dem Selbstaufgeben oft nicht so spar-

sam, wie man es sein könnte, ohne irgendwelche Interessen zu schädigen. Gerade bei öffentlichen Bauten, die gewissermaßen ein charakteristisches Gepräge einer Stadt verleihen, die zu einem dauernden Denkmal werden sollen, die aber auch einen bestimmten Ausdruck haben sollen, darf nicht auf Kosten der Kunst gespart werden. Nicht nüchtern und ausdruckslos sind derartige Bauten zu gestalten, denen eine besondere Bedeutung zukommt, da sie der Öffentlichkeit und Allgemeinheit dienen. Schon ein einfacher bildhauerischer Schmuck kann einem Bauwerk ein eigenartiges Gepräge geben. Bildhauerische Symbole können einen künstlerischen Ausdruck finden, wie er dem jeweiligen Bauwerk eignet. Nicht nur die Kunst, sondern auch ihre Träger werden durch unangebrachte Sparsamkeitsmaßnahmen empfindlich geschädigt. Wer sollte noch den Bildhauerberuf ergreifen wollen, wenn so kurzfristig gehandelt wird? Wie soll ein solcher einst blühender Kunstzweig weiter gedeihen können, wenn seine Ausübung derart unterbunden wird? Es ist eine Verhöhnung an der Kultur, wenn ein Kunstgebiet dazu herhalten soll, mißlichen Finanzverhältnissen aufzuhelfen. Man wende nicht ein, daß es doch noch anderweit genügend Stellen gäbe, wo sich der Bildhauer betätigen könne. Denn gerade auch auf kulturellem Gebiete soll und muß der Staat und die Behörde mit gutem Beispiel vorangehen, sie sind verpflichtet, die Kunst zu unterstützen und zu fördern, aber nicht, sie zu beeinträchtigen, wie es durch derartige Sparsamkeitsmaßnahmen in der Tat geschieht.

Aus den Zahlstellen.

Liegnitz. Für den Bezirk Wauken-Bischofsberda des Degrab, der die am Schlusse folgenden Orte umfaßt, wurde nachstehender Lohnstarif abgegeschlossen. Sämtliche dem Verband angehörende Kollegen haben Anspruch auf den sich aus dem Tarif ergebenden Lohn.

Jegliche entstehende Differenzen werden zwischen dem Bezirksvorsitzenden Herrn Max Grimmer, Groß-Nöhrsdorf, und der Gauleitung des II. Gauces erledigt. Die Kollegen haben sich deshalb bei Differenzen an die Gauleitung zu wenden.

Ob. noch vorhandene unorganisierte Kollegen werden hiermit aufgefordert, sich umgehend an die Gauleitung des II. Gauces Liegnitz, Gutenberg-Strasse 15 III zu wenden, von wo ihnen alles weitere zugehen wird.

Die Vertretung von Unorganisierten wird abgelehnt.
Tarifvertrag. Zwischen dem Bezirk Wauken-Bischofsberda vom Deutschen Grabmalgewerbe-Verband (Degrab) vertreten durch den Vorsitzenden und dem Zentralverband der Steinmetz-Deutschlands, vertreten durch den Gauleiter des II. Gauces Liegnitz, wird für die Grabmalgeschäfte des obigen Bezirkes im Anschluß an den Reichsarbeitsvertrag vom 15. Oktober 1920 folgender Tarifvertrag vereinbart:

1. Gearbeitet wird im Zeit- und Akkordlohn und beträgt ständig der Lohn für Steinmetzen (Vollarbeiter) in den Orten über 10 000 Einwohner 10 Prozent, unter 10 000 Einwohner 15 Prozent weniger, als der Lohn für die Steinmetzen, die den sächsischen Landesarbeitsvertrag unterliegen.
2. Schriftkauen unterliegt besonderer Vereinbarung oder wird im Stundenlohn ausgeführt.
3. Lohnerböhrungen bzw. Lohnkürzungen treten für den Bezirk stets eine Lohnwoche später in Kraft als in Dresden-Birna.
4. Ueberstunden werden mit 20 Prozent Zuschlag bezahlt.
5. Auslösung ist zu geben, wenn die jeweiligen Verhältnisse es erfordern, die Tage wird hierfür bis auf weiteres in Höhe eines jeweiligen Stundenlohnes festgesetzt.
6. Ferien und alles übrige regelt sich nach dem RW. vom 15. Oktober 1920.
7. Vorstehendes Abkommen gilt ab 1. Juni 1922 bis auf weiteres. Es kann mit vierwöchiger Kündigung zu jedem Quartalsersten gekündigt werden.

Groß-Nöhrsdorf (Sachsen), Liegnitz, den 1. Juni 1922.
Für die Arbeitgeber: Zentralverband der Steinmetz Gau II. Liegnitz.
gez. Senft, Gauleiter.

Anmerkung: Obiger Bezirk erstreckt sich auf folgende Orte: Kamenz (Sa.), Königsbrück, Gödau, Kulsniz, Groß-Nöhrsdorf, Nadeberg, Arnsdorf (Sa.), Bischofsberda, Hochkirch, Neukirch, Taubenheim, Neustadt (Sa.), Stolpen, Sebnitz. Wauken, zählt zum Bezirk, fällt aber nicht unter obigen Tarif, sondern behält den bisherigen Ortsstarif.

Der Stundenlohn für den sächsischen Landestarif beträgt ab 1. Juni 30,50 M., hiervon 10 bzw. 15 Prozent ab, ergibt den Lohn für die Steinmetzen obiger Orte. Im übrigen wird der für den Landestarif geltende Stundenlohn bei jeder Veränderung im „Steinmetzberuf“ veröffentlicht. Die Lohnerböhrung tritt für den Bezirk immer eine Woche später ein als für Dresden usw. diesesmal also ab 8. Juni.

(An.) Köln. Als vor einem Jahre die Kölner Steinmetzen und Marmorarbeiter sich zu einer Zahlstelle vereinigen, wurde von den Kölner Steinmetzen unter anderem auch die Bedingung gestellt, daß in Zukunft keine zweite Zahlstelle in Köln mehr gebildet werden würde. Gemeint waren damals die Marmorarbeiter, die bereits mehreremal sich von den Steinmetzen getrennt hatten. Es muß vorausgeschickt werden, daß bei der Verschmelzung eine Opposition vorhanden war, die gegen die Verschmelzung stimmte. Der eigentliche Zweck der Vereinigung beider Zahlstellen war, der Zahlstelle II als schwächerer Hälfte, den Rücken zu stärken, die Verwaltungsarbeiten zu vereinfachen, den Hilfsarbeitern zu einem Tarif zu verhelfen, sowie die Marmorarbeiter organisatorisch auf die Höhe zu bringen. Die Kölner Steinmetzen mit einem guten Lokalkassenbestand, lehnten sich im Ortsrat bei Lohnbewegungen dem Bauarbeiterverbande an. Sie lesen in den Kölner Zeitungen zum Beispiel, „der Lohn der Bauarbeiter wird ab 8. Juli um 3,60 M. erhöht“ und die Lohnbewegung der Steinmetzen ist damit beendet. Es werden dadurch die Unkosten für Kommissionszinsen, Schlichtungsausgaben und Streiks gespart und die Lokalkasse kann in die Höhe gebracht werden.

Anderer bei den Marmorarbeitern. Die Verhältnisse in Köln spotten jeder Beschreibung, und wenn hier eine Schilderung über das Marmoreldorado in Köln etwas Raum im Fachblatt fortrnimmt, so geschieht dies zum Ruh und Frommen für diejenigen, die sich verleiten lassen sollten, nach hier zu kommen. Wohl keine Stadt im Deutschen Reich hat mit solch skrupellosen Marmorunternehmern in der Marmorindustrie zu rechnen, wie gerade Köln am Rhein. In jeder Verhandlung, in jeder Sitzung am Schlichtungsausschuß oder Gewerbegericht, spricht „der Dalles aus den Prautern“, die früher, als sie noch in unserer Mitte arbeiteten, nicht radikal genug auftraten konnten. Einen Arbeitgeberverband bringen diese Herren nicht mehr zustande, weil angeblich die Arbeiter die solchen Angebote der Unternehmer nicht annehmen. Die größte Firma mit 32 Arbeitern, Joh. Scheer, gr. Griechenmarkt, ist als Schmuckkonfurrenz die bekannteste Marke im ganzen Rheinland und darüber hinaus. Dieser Betrieb arbeitet zum Teil mit Familienangehörigen, zwei Facharbeitern und eine Anzahl Meister. Alles andere sind an- und ungelernete Hilfsarbeiter, darunter sechs weibliche, die „Wördchen“ schreiben. Diese Firma bezahlt was sie will, nur nicht nach Tarif oder Abkommen. Einen Betriebsrat kennt man dort nicht und wird ein solcher von den Arbeitern gewählt, wird er im Betrieb nicht alt. Den vorliegenden Betriebsrat hatte die faubere Firma geruht, selbst zu wählen. Der neu eingetretene Hilfsarbeiter wird an die Maschine gestellt und nach einigen Wochen ist der Marmorarbeiter fertig, nur mit dem Unterschied, daß er 30-40 Prozent weniger Lohn erhält als der Vollarbeiter. Es muß hierbei bemerkt werden, daß die Hilfsarbeiter die Marmorbetriebe nur der Not gehorchend aufsuchen, um denselben nach kurzer Zeit wieder den Rücken zu kehren. „Die organisierten Facharbeiter werse ich hinaus und arbeite mit meinen unorganisierten Hilfsarbeitern.“ erklärte Herr Scheer am Schlichtungsausschuß. Diese Freiheit kann sich ein Unternehmer nur in einer Stadt wie Köln erlauben, wo ein großer Teil der Bevölkerung 3/4 Jahre Fastnacht und Kirnmessen feiert und das letzte Vierteljahr nicht geistig normal ist!

Auch die Firma Wings & Zilgen in Köln-Dellbrück glaubt nicht nötig zu haben, den ortsüblichen Kölner Lohn zu bezahlen. In den andern Betrieben liegt die Sache nicht viel anders. Die Hilfsarbeiter werden nach Willkür bezahlt. Einem berbeiraten Manne bot eine Firma 8 M. Stundenlohn, als der Vollarbeiterlohn 20,20 M. betrug.

Einen Tarif mit Grundlöhnen für Hilfsarbeiter scheuen die Unternehmer, da sie sich unter keinen Umständen binden wollen. Alle Versuche nach dieser Seite schlugen fehl, bis der Schlichtungsausschuß kürzlich dem grausamen Spiel ein Ende machte und den ausgearbeiteten Tarif auch für die Hilfsarbeiter festsetzte. Andern Tages schon forderte Herr Scheer seine Leute auf, einen Rebers zu unterzeichnen, daß er nicht den Tarif zu bezahlen brauche, was selbstverständlich abgelehnt wurde.

Anerkennung verdienen einige kleine Firmen, die sich etwas soziales Verständnis bewahrt haben. Diese stehen mit ihrer Einsicht turmhoch über den bedauernswerten Großbetriebshäher, die jeden Tag den Dalles an die Wand malen und die vor Hunger umzuwurzeln drohen. Die vorstehend geschilderten Verhältnisse im Kölner Marmoreldorado brachten es mit sich, daß die Lokalkasse viel von den Marmorarbeitern in Anspruch genommen wurde. Auch in den Versammlungen bildeten häufig der Stoff: „Lohnbewegung der Marmorarbeiter“, für die die Steinmetzen wenig Interesse bezugeten. Hinzu kam nach dem letzten Streik die Mahregelung im Marmorwerk „Orbit“, wobei durch die Unterfütterung der gemahregelten sechs Kollegen die Lokalkasse plakte. Zwischen war die vor einem Jahre noch schmale Opposition angeschwollen und in der letzten Steinmetzversammlung wurde einstimmig beschlossen, sich von den Marmorarbeitern zu trennen. Eine gutbesuchte Vollversammlung, in der die letzteren die Mehrheit hatten, lehnte die Entscheidung gegen 15 Stimmen ab. Ein Teil der Steinmetzen übte Stimmhaltung. Die Gauleitung, zusammengekehrt aus zwei Steinmetzen und einem Marmorarbeiter, nahm Stellung zu der Angelegenheit und beurteilte den Schritt der Steinmetzen. Um die Abgesplitterten jedoch nicht in die Union oder den Christen in die Arme zu treiben, und um jede weitere Zerspaltung zu vermeiden, soll gestattet werden, eine zweite Zahlstelle in Köln wieder zu errichten.

Und nun noch ein Wort an die Marmorarbeiter: Laßt den ungetreuen Ehegatten ziehen, Ihr könnt ihn nicht halten, verliert deswegen nicht den Mut, zeigt, daß Ihr selbständig geworden seid und auch ohne die Steinmetzen eure Zahlstelle erhalten könnt. Keine Gefühligkeiten zwischen beiden Zahlstellen. Getrennt marschieren und bereint schlagen, sei in Zukunft unsere Losung! Ein großer Teil Steinmetzen wird Euch auch weiterhin im Kampfe gegen unseren gemeinsamen Feind nicht im Stich lassen und unterstützen. Auch die Gauleitung wird mit Rat und Tat zur Seite stehen und dafür sorgen, daß die Bäume der Kölner Marmorpalmas nicht in den Himmel wachsen!

Litling. Versammlung am 11. Juni. Vor Eintritt in die Tagesordnung bedauert der Vorsitzende den mäßigen Besuch. Es wird allgemein geklagt, daß manche Kollegen für den Alkohol mehr Interesse haben als ihre Gewerkschaftsversammlung zu besuchen. Mit großer Majorität wird folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Kollegen, welche bisher in bemerkbarer Weise wider die Versammlungsbeschlüsse landelten. Sie ist der Ueberzeugung, daß dieses für eine Zahlstelle nicht nützlich sein kann. Die Versammlung fordert, daß in Zukunft mehr Aufmerksamkeit auf die Versammlungsbeschlüsse gemacht wird, zur Sicherung unserer Existenz und zum Schutze gegen die reaktionären Anstürme, welche unsere Verbandsinteressen schädigen können.“

Der Vorsitzende weist auf die bewilligte Feuerungszulage von 300 Prozent (gefordert wurden 500 Prozent) hin. Die Kollegen haben die Pflicht, die Gauleitung und die Ortsverwaltung besonders zu unterstützen, damit die Forderung durchgeführt werden kann. Die neue Beitragsregelung durch den Verbandstag ruft eine lebhaft Debatte hervor. Einige Kollegen meinen, die niederste Beitragsklasse sei schon zu hoch, weil hier die im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter noch nicht 15 Mark verdienen. Schließlich erklärt ihnen ein Kollege, daß bis zum nächsten Quartal selbstverständlich auch die Löhne wieder höher sind und sich dann die Sache wieder ausgleicht. „Wie lange wird es noch dauern,“ sagt er, „dann haben die Löhne unsere Verbandsbeiträge überholt, denn die ständig zunehmende Steigerung der Preise für Bedarfsartikel erfordert ständige Lohnforderung.“ Auf Anregung wird in dieser Angelegenheit ein Schreiben an den Zentralvorstand geschickt, mit dem Bemerkten, daß er auf diese Kollegen Rücksicht nehmen möge, die einen geringeren Stundenlohn als 15 Mark haben. Der Vorsitzende erstattet kurzen Bericht von der Konferenz des Gewerkschaftsartells in Passau und hebt hervor, daß das Kartell schon vieles für uns getan hat, und wir deshalb verpflichtet sind, es finanziell zu unterstützen. Es wird beschlossen, daß zur Deckung ein einmaliger Beitrag von 1 Mark für das Sekretariat erhoben wird. Ab 3. Quartal wird der Sekretariatsbeitrag von 20 Pfennig auf 1 Mark pro Mitglied erhöht. Es ist erfreulich, daß die Kollegen in dieser Hinsicht schon mehr gewerkschaftlichen Einblick bekommen haben. Auf Antrag wird mit Majorität für eine Anbalidenhilfe aus der Lokalkasse der Betrag von 60 Mark gewährt. Eine lebhaft Debatte erfolgt über einen hier beschäftigten Oesterreicher, der den Arbeitsvertrag überschreitet. Er weist jede Anweisung des Betriebsrates und der Kollegen ab mit den Worten: „Die sollen nur kommen, die in dieser Beziehung mit mir was wollen. Ich werd' schon fertig damit.“ Es wird ein Klageverfahren gegen die Firma angeregt, wenn nicht die nötigen Schritte unternommen werden. Zum Schluß macht der Vorsitzende auf die Extrabeiträge für die Metallarbeiter aufmerksam und dankt ferner für die imposant verlaufene Maifeier; sämtliche Kollegen haben geieffert. Mögen die Kollegen die Solidarität hochhalten, dann können wir der christlichen Reaktion die Spitze bieten.

Wolfschagen. Am 14. Juni fand in der Röherschen Gastwirtschaft eine Versammlung statt. Im Punkt 1 der Tagesordnung eritattete Kollege Pahl Bericht vom Verbandstage. Zur Beitragserböhrung setzte nach dem Bericht des Kollegen Pahl eine scharfe Diskussion ein. Besonders wurde hervorgehoben, daß die Ausgaben für Verwaltung in keinem Verhältnis stehen zu den Ausgaben der Streik- usw. Unterstützungen, und wurde besonders darauf hingewiesen, daß an Verwaltungskosten erheblich gespart werden könne. Die Ausführungen des Kollegen Pahl vermochten die Anwesenden von der Notwendigkeit der enormen Beitragserböhrung nicht zu überzeugen. Immer wieder wurde hervorgehoben, daß die größte Sparsamkeit unbedingt am Platze sei, um die Beiträge nicht ins Unermessliche steigern zu müssen. Fast einstimmig wurde ein Wochenbeitrag von 9 Mark beschlossen. Gleichzeitig wurde betont, daß auch bei den Ausgaben für die Fachzeitung bedeutend gespart werden könne. Es würde genügen, wenn der „Steinarbeiter“ 14tägig oder in kleinerem Format erscheinen würde. (Bei der Beitragsfestsetzung ist der Stundenlohn maßgebend, weiter nichts; demnach ist der Beschluß 9 M. Beitrag in Wolfschagen, nicht gültig! In Wolfschagen bestand am 1. April 12 M. Stundenlohn. Die neuere Erhöhung wurde nicht gemeldet. Doch unter 15 M. werden dort sicherlich nicht gezahlt. Die Ausgaben für die Fachzeitung belaufen sich pro Mitglied und Jahr auf ganze 8,60 M. im Jahre 1921. Ein Beitrag nach der Geldentwertung gemessen, der lächerlich gering genannt werden muß. Nebst.) Unter 3. Lohnforderung, wurde lebhaft Klage geführt, daß es dank der Verschleppungstaktik der Unternehmer noch nicht gelungen sei, für den Monat Juni unsere Lohnforderung zu regeln.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

(W. W. W.) Die Ernährungslage Deutschlands hat sich in den letzten Wochen infolge ganz bedeutend verschlechtert als die Preise der wichtigsten Lebensmittel eine Höhe erreicht haben, die weite Kreise des deutschen Volkes erneut zur Einschränkung zwingt. Es ist bezeichnend, daß der Fleischkonsum zusehends zurückgeht. Die Schlächterläden und andere Lebensmittelge-

Kaufkraft sind selbst in den Stunden fast leer von Besufern, die sonst die Hauptgeschäftszentren bilden. Die Hausfrauen, die doch wachlich in den letzten acht Jahren gelernt haben, sich einzurichten, befinden sich wieder in einer ähnlich schwierigen Lage wie in der schlimmsten Kriegszeit. Herrschte damals wirklicher Mangel an Lebensmitteln, den jeder gewissermaßen als ein Schicksal ergehen hinnahm, so wird heute die Situation noch dadurch verschärft, daß in den Schaufenstern Lebens- und Genussmittel aller Art reichlich ausliegen, aber infolge der sich überwälzenden Preissteigerungen für die Arbeiterbevölkerung und den kleinen Mittelstand nicht mehr erschwinglich sind. In den Kurorten und den Luxusrestaurants der Großstädte schwelgt trotz allem das Volk der internationalen Kriegsgemeinden. Der deutsche Angestellte und Arbeiter kann unter diesen Verhältnissen seinen Urlaub kaum einer besonderen Erholung widmen, es sei denn, daß er sich in der glücklichen Lage befindet, ein Pachtgärtchen und eine Laube sein eigen zu nennen. Eine Urlaubsreise mit der Familie, und führte sie auch nur auf das bescheidenste Bauerndorf, würde die Finanzen des Haushalts so stark mitnehmen, daß wochen- und monatelange Entbehrungen des Notwendigsten die Folge sein müßten. Die Marktentwertung drückt sich augenblicklich noch stärker in der Verminderung der inländischen Kaufkraft als in der Steigerung des Dollarkurses aus. Nach den neuesten Meldungen aus London und Paris soll der Bankiersausgleich die Beratungen über eine Reparationsanleihe schon in nächster Zeit wieder aufnehmen. Man darf jedoch auch in dieser Hinsicht die Erwartungen nicht allzu hoch spannen. Die Verhandlungen und Vorbereitungen für eine solche Anleihe beanspruchen sehr viel Zeit und werden ihre Rückwirkungen auf die Preisbewegung im Inlande nicht von heute auf morgen äußern können. Vorläufig steht uns noch eine auf alle Fälle bedeutende Erhöhung der Preisreihe bevor. Nur eine der Notlage Deutschlands entsprechende Regelung der Umlagefrage kann uns vor schwersten sozialen und politischen Erschütterungen bewahren. Die bereits erfolgte Erhöhung der Eisenpreise und die zu erwartende weitere Verteuerung der Kohle wird außerdem eine entsprechende Bewegung an allen Warenmärkten nach sich ziehen, zumal sie zeitlich mit der Erhöhung der Gütertarife der Reichsbahn und der Steigerung der Goldzuschläge auf Bille zusammenfällt. Angesichts dieser geradezu katastrophalen Verteuerung auf allen Gebieten richten sich die Blicke mit banger Sorge auf die österreichischen Verhältnisse, die leider nur zu oft in den letzten Jahren ein vorgeschrittenes Stadium der Entwicklung darstellten, in der sich auch unsere Wirtschaft befand. Man kann nur hoffen, daß durch eine gründliche Neuordnung des Reparationsproblems uns jene Leiden erspart werden, die mit furchtbarer Wucht über das kleine Oesterreich hereingebrochen sind.

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes. Die starke Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse, die gerade in den letzten Wochen eingetreten ist, wird sich erst vollkommen übersehen lassen, sobald die statistischen Angaben für den Monat Juni d. J. vorliegen. Immerhin läßt sich aber auch an Hand der Ziffern für den Monat Mai d. J. schon ein Bild von der Verminderung der Kaufkraft der Papiermark im Inlande gewinnen. Nach seiner bekannten Methode berechnet R. Calmer auf Grund der Berichte von 200 Kläben des Deutschen Reiches die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelbedarfs einer vierköpfigen Familie im Mai auf 1092,94 Mark gegen 1026,77 Mark im April d. J. Im Vergleich zu früheren Jahren ergibt sich folgende Bewegung der Indizes:

Monat	Index	Monat	Index
Mai 1914	24,70	Mai 1920	224,63
1915	36,49	1921	353,14
1918	57,30	1922	1092,94

Während im Mai des Vorjahres im Vergleich zur Vorkriegszeit erst eine vierzehnfache Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel zu verzeichnen war, ergibt sich nunmehr für Mai 1922 bereits eine Steigerung auf mehr als das 43fache. Für einige wichtige Plätze Deutschlands wurden nachstehende Indizes berechnet: Kosten des Nahrungsmittelaufwandes 10 Wochen im Mai:

Monat	1918	1921	1922
Königsberg	49,11	322,86	1032,87
Groß-Berlin	58,20	397,32	1140,75
Breslau	49,68	323,61	1008,12
Magdeburg	56,19	356,52	1088,70
Kiel	55,89	335,34	1104,21
Hannover	52,41	323,37	1051,43
Dortmund	59,25	439,44	1102,23
Gelsenkirchen	58,23	341,49	1128,36
Frankfurt a. M.	63,97	382,86	1125,15
Köln	56,13	396,93	1240,59
München	58,74	418,59	1239,36
Saarbrücken	58,02	447,18	1425,72
Leipzig	57,87	366,48	1182,17
Hamburg	59,79	341,22	1084,11

Auch diesmal weisen die im besetzten Gebiet und in dessen nächster Umgebung gelegenen Plätze wieder die höchsten Indizes auf.

Bilanzierung der Erwerbsunternehmungen in Goldmark. Professor Schmalenbach in Köln hat nach Zählungnahme mit dem Reichswirtschaftsministerium einen Antrag an den Reichswirtschaftsrat ausgearbeitet, der zur Zeit einem besonderen Ausschuss dieser Körperschaft vorliegt. Er befaßt sich mit der Frage der Aufstellung von Bilanzen auf der Grundlage der Vertriebswährung. Den Anstoß zu derartigen Vorschlägen hat die Kritik der hohen Papiermarkgewinne der deutschen Aktiengesellschaften im In- und Auslande gegeben. Man hofft, durch Aufstellung der Bilanz in Goldmark dieser Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Vorschlag Professor Schmalenbachs dürfte jedoch praktisch ganz undurchführbar sein. Die Goldmark ist, obwohl sie in den Reparationsberechnungen noch eine gewisse Rolle spielt, als Währungseinheit durch den Krieg vernichtet worden. Sie ist ebenso wenig ein lebendiger Faktor unseres Wirtschaftslebens wie etwa Latein oder Griechisch lebende Sprachen sind. Die Aufmachung der Bilanzen in Goldmark wäre deshalb nicht mehr als eine Selbsttäuschung. Wenn man glaubt, hierdurch eine gerechtere Steuererteilung herbeiführen zu können, so müßte man sich natürlich auch damit einverstanden erklären, daß die Steuern in Goldmark berechnet und daß jede Art von Einkommen, also auch Arbeitslöhne und Gehälter, der Steuerbehörde gegenüber in Goldmark angegeben werden. Wir kämen so zu zwei verschiedenen Währungseinheiten, von denen die eine in der Hauptsache nur Bedeutung über die Steuerzahlung hätte. Ganz abgesehen davon, daß die Klagen der Erwerbsunternehmungen über eine Belastung mit unproduktiven Arbeiten in solchem Maße sicher noch zunehmen würden, müßte sich hieraus auch im gesamten Wirtschaftsleben eine heillose Verwirrung ergeben, die mindestens ebenso groß wäre als wenn vielleicht der Dollar oder eine andere „Gelbaluta“ in Deutschland als Rechnungseinheit mit den Steuerbehörden zugelassen würde. Wenn Dollar hätte man sogar noch den Vorteil eines täglich amtlich festgesetzten Kurses in Papiermark, während das Verhältnis von Goldmark zur Papiermark doch nur indirekt festgestellt werden kann. Daß gegenwärtig die Bilanzen der Aktiengesellschaften ein sehr unklares Bild des wirklichen Vermögensstandes geben, da die in der Vorkriegszeit angeschafften Grundstücke, Gebäude, Maschinen usw. mit dem Goldmarkwerte zu Buche stehen, während Abschreibungen und Rückstellungen für Neubauten, Neuanfassungen usw. in Papiermark erfolgen, ist ja bekannt. Den gleichen Uebelstand fühlt aber jeder Gewerbetreibende und auch der Arbeitnehmer in seinem Haushalte. Der Krieg hat die Grundlagen unserer Währung zerrüttet und in unser ganzes Wirtschaftsleben ein Moment der Unsicherheit und Unklarheit hineingetragen. Früher oder später muß es ja auch gelingen, die Mark wieder zu stabilisieren. Dann wird es aber auch angebracht sein, die bisher in Goldmark ausgewiesenen Bilanzposten in der jetzt gültigen

Papierwährung abzusuchen und in die Bilanz einzustellen. Die Börse bewertet ja auch die Anteile der Aktiengesellschaften mit Rücksicht auf den Goldmarkgehalt des Vermögens, das sie repräsentieren, ganz von selbst in Papiermark entsprechend höher. Hier vollzieht sich also von Tag zu Tag die Umstellung auf die neue Währung.

Rundschau.

Aus der Steinindustrie. Der Natursteintongress am 14. Juni in München nahm den vorausgesagten Verlauf. Zahlreich waren die Natursteininteressenten vertreten, auch die in Frage kommenden Behörden und Regierungsstellen hatten ihre Vertreter entsandt, die in Begrüßungsworten ihre Sympathie für die Aufgaben des Kongresses zum Ausdruck gaben. Die vorgesehene Referate, auf die wir gelegentlich noch zurückkommen, wurden gehalten, von denen besonders das von Dr. Ing. Hans Barthhausen gehaltene für die Steinarbeiter größeres Interesse beanspruchte. Der Referent behandelte das wirtschaftliche Arbeiten in Natursteinbetrieben, stellte ziffernmäßig fest, daß die Naturstein-Industrie eine jener Industrien ist, die ihre Ausfuhr in bezug auf Wert und Menge über die Einfuhr zu steigern in der Lage ist, deren Wirtschaftlichkeit durch vermehrte Heranziehung der Wissenschaft und Technik und Verwendung geeigneter Maschinen besonders zur Massengewinnung von Wegebauwerkstoffen, durch Mitwirkung (nicht Ueberordnung) der Organisationen, durch Heranbildung tüchtiger Arbeitskräfte, Verteilung der achtstündigen Arbeitszeit nach Jahreszeit und Witterung, Sicherung der Arbeitsgemeinschaft, Gewinnbeteiligung der Arbeiter an der persönlichen Arbeitsleistung wesentlich gehoben werden könne. Wie die Arbeiterfrage über diese Fragen denkt, ist auch Dr. Barthhausen kein Geheimnis. Mit der Arbeitszeitänderung läßt sie sich auf nichts ein. Bei diesem Verlangen heißen die Unternehmer auf Granit. Ueber Gewinnbeteiligung reden wir lieber erst gar nicht, weil uns die Arbeitgeberfreie der Naturstein-Industrie zu gut bekannt sind und Dr. Barthhausen auf diesem Gebiet Idealist zu sein scheint. Obwohl wir anerkennen, daß manche Anregung und das persönliche Wirken des Referenten der Naturstein-Industrie mehr Beweglichkeit gegeben hat wie früher. — Der Kongress nahm folgende Willensäußerung an:

„Die gelegentlich der Abhaltung des zweiten deutschen Natursteintongresses am 14. Juni 1922 in München versammelten sechs großen Fachverbände des Reichsverbandes der Deutschen Steinindustrie erkennen zwar dankbar an, daß die Behörden des Reiches und der Länder nach verschiedenen Richtungen der bereits seit längerer Zeit in der gesamten Steingewinnung und Verarbeitung herrschenden Notlage zu steuern versucht haben, indem z. B. in verschiedenen Landesteilen Anordnungen über stärkere Verwendung von Natursteinen bei Staatsbauten ergangen sind. Die Verbände haben aber trotzdem feststellen müssen, daß eine nennenswerte Besserung der Verhältnisse bis heute nicht eingetreten ist und große Teile der Natursteinindustrie und des Steinehgewerbes wegen der immer noch andauernden Abfahrlodung der Gefahr eines weiteren Rückganges ausgesetzt und damit wahrscheinlich dem vollständigen Untergang preisgegeben sind, ein Schicksal, von dem die Sandsteinindustrie in bereits erheblichem Maße betroffen ist.“

Die allgemeine Ansicht der Versammlung geht dahin, daß ohne eine erhebliche Steigerung des Absatzes in vielen Natursteinbetrieben binnen kurzem ein wirtschaftliches Arbeiten nicht mehr möglich sein wird. Diese auch nach allgemeiner wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten überaus bedenkliche Entwicklung wird sich nach der festen Ueberzeugung der Versammlung nur bei tatkräftiger staatlicher Unterstützung vermeiden lassen.

Nach der Ansicht der Versammlung kann eine solche geleistet werden durch:

1. Gewährung von Erleichterungen auf dem Gebiete der Eisenbahntarife, da die schwerwiegenden, aber geringwertigen Natursteinerzeugnisse durch die gegenwärtigen hohen Frachten viel zu stark belastet werden.
2. Freistellung sämtlicher Natursteinerzeugnisse von der Luxussteuer, die lediglich eine besondere Besteuerung der in ihnen stehenden Arbeit darstellt.
3. Befreiung der Grabdenkmäler von der ganz übertriebenen besonderen durch die Friedhofsverwaltungen erhobenen Aufstellungsgebühr.
4. Beseitigung der in ihrer jetzigen Höhe die Ausfuhr von Steinerzeugnissen unmöglich machenden Ausfuhrabgabe.

Die Versammlung bittet deshalb den Reichstag und die Parlamente der Länder, die nach den vorliegenden Richtungen bei Reichs- und Landestregierungen, Kommunal- und Friedhofsbehörden eingebrachten Anträge nachdrücklich zu unterstützen.“

Vor Beginn der Verhandlungen hatte bei den Begrüßungs- und Zustimmungsworten der Kollege Höner vom Christlichen Berufsverband, dem Interesse der gesamten Arbeiter und Angestellten der Natursteinindustrie Ausdruck gegeben. Kollege Kaufmann von der Technikerorganisation ergänzte noch diese Ausführungen, die unter Zustimmung der beteiligten Arbeiterorganisationen erfolgten.

Das Haupttarifamt für die Deutschen Pflasterstein- und Schotterwerke hatte am 19. Juni seine 6. Sitzung. Es handelte sich in der Hauptsache um Berufung des Südwestdeutschen Steinindustrie-Verbandes Mannheim gegen die Schiedsprüche des S.W.G.-Tarifamtes Mannheim vom 2./3. Juni d. J. betreffend Juniilöhne in den Lohnbezirken des S.W.G.

Nach langen und eingehenden Verhandlungen wurde unter dem Vorsitz des Kollegen Siebold folgender Schiedspruch verkündet: „Die Schiedsprüche des S.W.G.-Tarifamtes betreffend Juniilöhne werden mit Ausnahme der Festsetzung für das Nahegebiet, welches dem Kaiserstuhlgebiet gleichgestellt wird, bestätigt.“

Die Parteien haben sich bis zum 26. Juni über Ablehnung oder Annahme des Schiedspruchs zu erklären. Die Arbeitnehmervertreter gaben gleich an Ort und Stelle ihre Zustimmung ab, während der Arbeitgebervertreter sich die Stellungnahme der S.W.G. vorbehalten.

In weiteren Beratungen beschloß dann das Haupttarifamt noch die Zahl der Beisitzer und Stellvertreter von 6 auf 9 zu erhöhen. Ferner kam das Haupttarifamt auf Grund der vorliegenden Erfahrungen zu dem Entschluß, die bisher festgelegten Fristen für Berufungen zu belassen; es soll jedoch die Geschäftsstelle des Haupttarifamtes für eine möglichst beschleunigte Einberufung jedesmal Sorge tragen. Der erledigte Streit in der sächsischen Oberlausitz und die dabei in Vordergrund tretende Beiseitsetzung der gemeinsam geschaffenen Berufs-Schlichtungsinstanzen wurde noch besprochen und sollen die beteiligten Verbände zu einer entsprechenden Äußerung aufgefordert werden.

Der „Kommunistische Gewerkschafter“ berichtet in Nr. 24 vom 17. Juni über den „Verbandstag der Steinarbeiter in Leipzig“:

„Der Verbandstag war von 76 Delegierten besetzt. Die Diskussion zum Geschäftsbericht wurde nur von der Opposition bestritten, zu der auch einige U.S.P.-Anhänger gehörten. Unsere Genossen führten die Debatte grundfähig, während die U.S.P.-Opposition sich auf die Affordarbeit, Berufsunknarheiten und Tarifwesen beschränkte. Der Vorsitzende erklärte, daß er sich diese „Wäpfe“ der Opposition gerade noch gefallen lassen könne; würde sie aber stärker werden, müsse man dagegen einschreiten, weil angeblich sonst dem Proletariat das Rückgrat gebrochen würde. — Auch dieser Verbandstag beschloß den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft. Auch hier hoben unsere Genossen grundfähig hervor, daß es nicht allein auf den formalen Austrittsbeschluß ankomme, sondern auf die Tendenz, auf die Ablehnung des Arbeitsgemeinschaftsgedankens überhaupt.“

Mit Ausnahme des ersten Satzes ist alles andere falsch! Diesen Bericht kann unmöglich jemand geschrieben haben, der den Verhandlungen beigewohnt hat und die Delegierten unseres Verbandstages werden gewiß den Kopf schütteln über das obige konfuse Zeug. Wenn man nun einmal aus dem Zeitungsbericht etwas zusammensputzeln wollte, wie es jedenfalls der betreffende Verfasser getan hat, dann darf er jedoch nicht seine Ansichten und Wünsche mit tatsächlichen Vorgängen verwechseln, sonst ist es albern und nebenbei blamabel.

Quittung

über eingegangene Gelder vom 10. bis 24. Juni 1922.

Leipzig 4000.—, Dürnhäusen 224.—, Montabaur 125.—, Elzweiler 2000.—, Alvensleben 1400.—, Ulfen 300.—, Brambach 189.—, Gemünden 1000.—, Hof 100.—, Hohlburg 50.—, Kirchenlamitz 1300.—, Schönfurt 1975.—, Schreiberhau 1000.—, Ulm 3000.—, Quisburg 35,50.—, Pausa 180.—, R.-Räfen 52.—, Jülichach 12.—, Sparnack 200.—, Neumark 480.—, Köditz 300.—, Geyer 323,30.—, Häslich 12000.—, Hafferode 5000.—, Hemsbach 20000.—, Karlsruhe 10688.—, Pilgramsteuth 150.—, Pappenheim 185.—, Queckborn 1200.—, Römshild 2000.—, Rauminzsch 2500.—, Stuttgart 1500.—, Eckernförde, Inf. 50,50.—, Waldenburg, Inf. 48,50.—, Meßritz, Inf. 60,50.—, Flensburg 260.—, Genthin 224.—, Neumied 145.—, Bodenwöhr 50.—, Fallersleben 40.—, Oberneukirch 82.—, Rauminzsch 650.—, Rottenbauer 2400.—, Magdeburg 5000.—, Landsberg 50.—, Dettelbach, Inf. 107,50.—, Elzweiler 2000.—, Gr.-Kunzendorf 14000.—, Ober-Bessingen 281,10.—, Schwarzenbach 750.—, Büchelburg 2000.—, Wirsberg 400.—, Schramberg 91.—, Lubwigshafen 4160.—, Schönbach (Wilk.) 3000.—, Rößdorf 3222,60.—, Aunkirchen 6174,40.—, Bernburg 5000.—, Kirchenlamitz 5000.—, Liegnitz 1000.—, Manen 15000.—, Mannheim 4050.—, Mühlbach 435.—, Schlei 40.—, Treffurt 3000.—, Thomsberg 1500.—, Würzburg 2800.—, Riedlingen 262.—, Wellendingen 63.—, Halle 5000.—, Seuffen 2535.—, Dresden, Inf. 40.—, Osnabrück, Inf. 162,50.—, Alvensleben 330.—, Alvensleben 13000.—, Uckerleben 45.—, Lenkritz 137.—, Lörrach 154.—, Marienburg 55.—, Kienburg 653.—, Breslau 8000.—, Eberbach i. Bad. 5000.—, Essen 2500.—, Homberg 3000.—, Königshain 4600.—, Kelheim 2000.—, Kleinrinderfeld 11000.—, Vangenfalza 5000.—, Lauterbach 1500.—, Maulbronn 3000.—, Oberaula 805.—, Pirna 50000.—, Randersacker 5000.—, Regensburg 500.—, Stade 117.—, Wildschütz 5000.—, Altendiez 4000.—, Carlshafen 5000.—, Dessau 2000.—, Ebergöns 2000.—, Eschbach 900.—, Hammover 4000.—, Mühlhausen 3420.—, Nettelbuda 3000.—, Triefendorf 1000.—, Wietrich 559.—, Meßritz 42.—, Giffhorn 409.—, Schw.-Hall 65.—, Torgau 105.—, Altenhain 6000.—, Elzweiler 2000.—, Geyer 2000.—, Grimsfeld 8000.—, Hockenua 1500.—, Jannowitz 1500.—, Kirchenlamitz 10000.—, Lüneburg 35.—, Ruppach 2000.—, Selb 2800.—, Wildemann 2000.—, Ludwig Geiß, Kassierer.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Hannover. Eine Bitte! Für den verstorbenen Kollegen Paul Wiemig, der im 4. Gau lange Jahre als Gauleiter tätig war und fast allen Verbandsmittgliedern durch sein hervorragendes Wirken für die Organisation der Steinarbeiter und dem Beruf durchaus kein Unbekannter ist, hat die Zahlstelle Hannover einen einfachen Gedenkstein anfertigen lassen. Leider sind die Kosten dafür noch nicht zusammen. Zahlstellen und einzelne Kollegen, die unseren Freund den äußeren Ausdruck des Dankes für sein Wirken und seine Leistungen nicht verjagen wollen, werden gebeten, ihr Scherlein beizutragen und die Sendungen an den Zahlstellenkassierer Otto Brunotte, Schloßwendergarten 13, zu richten.

Adressenänderungen.

- 5. Gau. Steeden. Vors.: Paul Brüder. Kass.: Aug. Gerhards.
- 7. Gau. Blaubeurg. Vors.: Karl Josef, Runding.
- Neubau. Vors.: Josef Kasfl, Nr. 51.
- 8. Gau. Bedheim. Vors. u. Kass.: Ernst Hofmann III.

Briefkasten.

R. C. 1. Ja; wenn die Erlaubnis von der Behörde vorliegt. 2. Ja; denn die Steuer muß er ebenfalls bezahlen, dazu können die Kollegen helfen!

Berichtungs-Anzeige.

Nienstädt. Am 2. Juli bei Gastwirt Ede, vormittags 10 Uhr. Berlin. Auf die Versammlungen am 3., 4. und 6. Juli werden die Berliner Kollegen besonders aufmerksam gemacht. (Siehe Inferrat.)

Anzeigen

Berlin.
Montag, den 3. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Großer Saal: **Versammlung der Marmorbranche.**
Dienstag, den 4. Juli, abends 6,30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5: **Versammlung der Grabmalbranche.**
Donnerstag, den 6. Juli, abends 6,30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5: **Versammlung der Werksteinbranche.**
Tagesordnung in allen drei Versammlungen: 1. Bericht der Tarifkommission. 2. Berichtigendes. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in seiner Sektionsversammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Diegler's Schriftzeldmerei für Mischelkalk und Sandstein für dauernde Beschäftigung gesucht. Schriftschauen erwünscht, jedoch nicht erforderlich. Joseph Diegler, Stettin, Am Hauptfriedhof.

Geblüt. u. erfahren. Werkzeugschmied, der auch spalten kann, sucht dauernde Beschäftigung. Eintritt kann sofort erfolgen. Am liebsten in Granit-Pflasterbruch und im Fichtelgebirge. Entsprechender Lohn und Reisensubstanz wird verlangt. Angebote an Otto Enzesberger, Fürstentstein b. Paffau.

Tücht. Steinmehrer für Sand- und Hartgestein bei hohem Lohn für dauernde gesucht. Otto Köpfe, Bildhauer u. Steinmehrer, Dobrlitz (M.-L.).

Jüng. Steinmehrer für Sandstein sofort in ländliche Gegend und bei guten Lebensverhältnissen gesucht. E. Brune Nachf., Steinbildhauer, Lübbede i. Weßf.

5 Pflastersteinhauer und 1 Stöber für dauernde Arbeit in einem Granitsteinbruch, mit Pflastersteinhauerer in mittler. Schwarzwald gesucht. Tariflohn, Fahrtvergütung mäßig. Gute Kost am Platze erhältlich. Bewerbungen unter V. 56 an die Schriftleitung erbeten.

2 Steinmehrer u. 1 Schrift-hauer auf Thüß. Kalk- u. Sandstein sof. gesucht. Bautarif, Dauerstellung. Paul Wohlisch, Uelzen (Hannover).

Mehrere tüchtige Hand- und Maschinen-Schleifer für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Hans Wieser, Granit- und Steinwerke, Martinlamitz, Bahnhof, im Fichtelgebirge.

Steinmehrer auf Grabsteinarbeit in Granit und Sandstein; Schriftschauen und zeichnen erwünscht; für sofort gesucht. Wilhelm Kroll, Steinbildhauer, Torgelow i. Pomm.

Tüchtig. Steinmehrer auf Sandsteinarbeit sofort gesucht. Stundew. a. J. 28.60 M. H. Dreier, Halberstadt.

2-3 Granitsteinhauer zum Aufspalten von Findlingen oder auf Pflasterarbeiten sofort ein. Preis Kempf, Bildhauer, Villingen (Bad.) Wir suchen zum **tüchtig. Schrift-hauer** für Marmor und Granit, der auch Ornamente in Sandstein, Mischelkalk usw. ausführen kann. Wegen Wohnungsmangels Ledige bevorzugt. Süddeutsche Steinindustrie, Frießinger & Wegner, Hemigstosfen-Ronnenbach am Bodensee. Der Steinmehrer Josef Gruben aus Floss soll nach Steinbach kommen.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen nur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.
In **Frankfurt a. M.** am 19. Juni der Steinmehrer **Wilhelm Heußler**, 42 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In **Magen** am 20. Juni der Brecher **Nikolaus Keuser**, 51 Jahre alt, Verunfall (Magenquetschung).
Ehre ihrem Andenken!
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Biedler, beide in Leipzig.
Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.